

II-2570 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates  
XIV. Gesetzgebungsperiode

Nr. 1333/J

1977-07-01

A N F R A G E

der Abgeordneten Brandstätter  
und Genossen  
an den Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft  
betreffend Maßnahmen zur Verhinderung von Waldbränden

In der Anfrage-Beantwortung betreffend Maßnahmen zur Verhinderung der Waldbrände haben Sie sich nicht bereit-erklärt, die Kosten für Plakataktionen zur Aufklärung der Bevölkerung zu übernehmen. Wie in der derzeitigen Regierung üblich, wollen Sie die Kosten auf die Länder abwälzen. Es sollen die Aktivitäten der Länder nicht eingeengt werden, doch es erscheint wirkungsvoller und billiger, einheitlich vorzugehen. Ein gleiches Plakat in ganz Österreich hat Signalwirkung und ist daher wirkungsvoller. Der Städter sieht das gleiche Plakat, ob er einen Ausflug in die nähere Umgebung unternimmt, oder in einem anderen Bundesland seinen Urlaub verbringt. Außerdem kommt eine große Auflage sicher billiger.

Entschieden abzulehnen ist die Zumutung, daß die Waldbesitzer zur Kostentragung für die Aufklärung der Bevölkerung herangezogen werden sollen.

Im Interesse der erholungssuchenden Bevölkerung hat das Forstgesetz den Wald für die Allgemeinheit geöffnet und damit ohne Zweifel die Waldbrandgefahr erhöht. Dies geht unter anderem auch daraus hervor, daß bei den Verhandlungen über das Forstgesetz ein 50%-iger Bundeszuschuß zur Waldbrandversicherung versprochen wurde.

- 2 -

Es ist daher unverständlich, wenn den Waldbesitzern, die die Nachteile und das erhöhte Risiko durch die forstgesetzliche Waldöffnung zu tragen haben, noch zugemutet wird, auch die Kosten für Aufklärungsaktionen zu übernehmen. Wenn das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft bereit ist, für die überflüssige Zeitschrift "Agrarwelt" 1,5 Mio. S auszugeben, müßte es auch in der Lage sein, diese Kosten zu übernehmen.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher an den Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft folgende

**A n f r a g e :**

Sind Sie auf Grund der aufgezeigten Fakten bereit, Ihre Ansicht nochmals zu überdenken und die Aufklärungsaktionen bundeseinheitlich durchzuführen ?